

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe Oktober 2014

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de](mailto:buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Chr. Bautz, J. Haas, O. Moldenhauer: *Wie Sigmar Gabriel die Konzerne bedient***
- **Jan Bielicki: *Drei von vier Bürgern wollen mehr Mitsprache***
- **Markus Marterbauer: *Skizze einer ökonomisch vernünftigen Budgetpolitik***
- **Handelsblatt: *Wir schaden uns zunehmend selbst***
- **junge Welt: *»Wenige profitieren auf Kosten vieler«***
- **Patrick Schreiner: *Freihandelsabkommen und Arbeitszeit: Ein Beispiel für die indirekte Senkung von Standards***
- **Marlies Uken: *Das Verwirrspiel um CETA***
- **Prof. Wohlmeyer: *TTIP: Was wir bei der Transatlantischen Umarmung bedenken sollten***

**Zitat des Monats** von [Bertolt Brecht](#):

**Das Gedächtnis der Menschheit für Vergangenes ist erstaunlich kurz.  
Lasst uns deshalb das schon tausendmal Gesagte immer wieder sagen.  
Lasst uns die Warnungen erneuern,  
auch wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind.**

- Chr. Bautz, J. Haas, O. Moldenhauer: **Wie Sigmar Gabriel die Konzerne bedient**

Nachdem die EU-Kommission auf den letzten Metern noch auf eine Vielzahl von Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gedrungen hatte, wurde den [Abgeordneten nur wenige Stunden eingeräumt](#), um sich durch den fast 230 Seiten starken Gesetzentwurf zu kämpfen. Eine ordentliche Beratung im federführenden Wirtschaftsausschuss war nicht mehr möglich. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte schon im Vorfeld klargemacht, dass die schwarz-rote Mehrheit im Bundestag das Konvolut widerstandslos durchwinken würde: „Aus meiner Sicht gibt es keine Spielräume“, kommentierte Gabriel Änderungsforderungen aus dem Bundestag.

*Wie kann ein Minister über das Abstimmverhalten der Bundestagsabgeordneten befinden, und warum lassen Letztere das mit sich machen? (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Jan Bielicki: **Drei von vier Bürgern wollen mehr Mitsprache**

Drei von vier Deutschen wollen wichtige [Entscheidungen in ihrer Kommune nicht mehr nur ihren gewählten Vertretern überlassen](#). Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung. Nicht alle Entscheidungsträger halten das für eine gute Idee. Aus dem [Tabellenband zur Telefonbefragung 2013](#) der Studie geht hervor, dass 11 von 39 Fragen im Kontext der Volksabstimmung zu 'Stuttgart 21' stammen und 11 von 39 Fragen zur Einstufung der politischen Parteien gestellt wurden.

*Es fehlt die klare Aussage, dass der Bürger nicht nur in der Anhörungsphase sondern auch bei der Abstimmung aktiv in die Entscheidung eingreifen soll. Die Bertelsmann-Stiftung will den Bürger nur teilhaben (partizipieren), aber nicht entscheiden lassen (siehe [hier Kap. III](#)) (Red.).*

Dass die Bevölkerung in den meisten europäischen Staaten den [Glauben an den demokratischen Charakter der Institutionen und Einrichtungen zum großen Teil verloren](#) hat, konstatierte auch eine ausführliche Studie von 'Mehr Demokratie' in 2007 (122 Seiten).

[Inhalt](#) ↑

- Markus Marterbauer: **Skizze einer ökonomisch vernünftigen Budgetpolitik**

An der Wiener Wirtschaftsuniversität der 1980er Jahre standen eine umfassende, keynesianische Sichtweise staatlicher Aktivitäten in den verschiedenen Dimensionen der Allokations-, Stabilisierungs- und Verteilungspolitik und die [Notwendigkeit des Zusammenspiels der Budgetpolitik mit anderen Instrumenten](#) der Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt der Ausbildung in Fiskalpolitik.

Diese Perspektive steht in fundamentalem Gegensatz zur aktuellen europäischen Wirtschaftspolitik. Ihre theoretische Basis ist die neoklassische Ökonomie, die in der Finanzkrise seit 2007 gescheitert ist. Die freien Finanzmärkte haben sich als instabil, ineffizient und wohlstandsmindernd, die Erwartung einer Erholung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt durch eine „interne Abwertung“ mithilfe von Lohnsenkungen in den Krisenländern hat sich als irreführend erwiesen.

Vor allem stellte sich die These von den expansiven, „nicht-keynesianischen“ Wachstums- und Beschäftigungswirkungen der Budgetkonsolidierung als kostspieliger Irrtum heraus. Die Folge war eine zweite tiefe Rezession in der Eurozone, verbunden mit Massenarbeitslosigkeit und Ausweitung der Ungleichheit.

*Auch wenn man den Ausführungen nicht in allen Punkten zustimmt, halten wir den Beitrag für beachtenswert (Red.).*

[Inhalt](#) ↑

- Handelsblatt: **Wir schaden uns zunehmend selbst**

Die deutsche Wirtschaft hält die verschärften Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland für einen Fehler. „Die neuen Sanktionen werden nicht zur Entspannung beitragen“, warnte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Eckhard Cordes: „Wir befinden uns jetzt [vermutlich am Beginn einer gefährlichen Sanktionsspirale](#).“ Gerade kleinere deutsche Unternehmen sehen sich durch die Sanktionen in ihrer Existenz bedroht. Der Ost-Ausschuss ist Sprachrohr der mehr als 6'000 in Russland engagierten deutschen Firmen.

[Inhalt](#) ↑

- junge Welt: **»Wenige profitieren auf Kosten vieler«**

Aus Sicht des IG Metall-Vorsitzenden Detlef Wetzel erleichtert das zwischen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem DGB formulierte Papier ([PDF](#)) die innergewerkschaftliche Diskussion um TTIP nicht. Aktuell heißt es bei der [IG Metall, dass die grundsätzlichen Mängel von TTIP nicht beseitigt wurden](#) und dass von dem geplanten Abkommen wenige auf Kosten vieler profitieren. Die beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di werden inhaltlich die Positionen der DGB-Führung nicht übernehmen.

Die Gewerkschaften IGM, NGG und IG Bau sind auch der Meinung: "[Bundesregierung muss CETA stoppen.](#)"

*Der Dachverband DGB agiert hier offen-sichtlich an den Interessen der durch ihn zu vertretenden großen Gewerkschaften vorbei (Red.).*

[Inhalt](#) ↑

- Patrick Schreiner: **Freihandelsabkommen und Arbeitszeit: Ein Beispiel für die indirekte Senkung von Standards**

Ob mit CETA und TTIP die gegenseitige Anerkennung von gleichwertigen Normen und Standards diese senken wird, ist im Einzelnen schwer vorauszusagen aber bewusst gewollt. Denn dazu müsste man alle Regelungen des Abkommens und der Vertragspartner genau kennen, da [strengere Regelungen durch weniger strenge ausgehebelt](#) werden. Schreiner macht das an Beispielen fest (Finanzmarktregelung, deutsches Arbeitszeitgesetz).

[Inhalt](#) ↑

- Marlies Uken: **Das Verwirrspiel um CETA**

Das Wirtschaftsministerium präsentiert neue Gutachten zum Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU mit Kanada. Eines der Gutachten stellt fest, dass die EU über Dinge verhandelt habe, für die sie keine Kompetenz habe. Also müssten auch die nationalen Parlamente das Abkommen ratifizieren - sprich Bundestag und Bundesrat, *deren Mitglieder durch uns Bürger mit Argumenten versorgt werden können (Red.).*

Nach Einschätzung der Bundesregierung [wollen alle Parlamente der 28 Mitgliedsstaaten bei CETA mit abstimmen](#). Dagegen würde die EU-Kommission am liebsten auf einen bis zu zwei Jahren dauernden Ratifikationsprozess verzichten. Der scheidende Handelskommissar Karel de Gucht will die Frage daher am liebsten vom Europäischen Gerichtshof geklärt wissen.

Laut zweitem Gutachten gewähren die geplanten CETA-Regelungen ausländischen Investoren angeblich einen weniger umfassenden Schutz als bisher das deutsche Recht - dieses Gutachten wurde von einem von der internationalen Schiedsstelle der Weltbank in Washington gelisteten Schlichter erstellt.

[Inhalt](#) ↑

- Prof. Wohlmeyer: **TTIP: Was wir bei der Transatlantischen Umarmung bedenken sollten**

Prof. Wohlmeyer stellt seiner Analyse Kants "Sapere aude! Wage zu denken" voran, um dann den gesunden Menschenverstand zu Wort kommen zu lassen in Bezug auf das, was man beim Aushandeln und Abschließen eines Wirtschaftsabkommens wie dem TTIP, der eigentlich ein viel umfangreicheres, ja gesamtgesellschaftliches Abkommen darstellt, beachten müsste.

Die Analyse des [TTIP als einer feindlichen Übernahme der europäischen Rechtskultur](#) durch eine angelsächsische Variante ist *spannend. Sehr lesenswert ist seine Analyse der Situation der USA als einem Staat, der de facto pleite ist. Das Aufzeigen der "Möglichkeiten", die ein solcher Staat noch hat, lässt nichts Gutes ahnen. Aber Wohlmeyer gibt einen Ausblick, indem er realistische Alternativen zu Krieg, Plünderung und Anzetteln von Konflikten gibt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

*Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage [www.volksinitiative-esm-austritt.de](http://www.volksinitiative-esm-austritt.de) erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.*

[Inhalt](#) ↑